

Stenographisches Protokoll

2. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

IX. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 8. Juli 1959

Tagesordnung

1. Wahl des Beirates zum Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds
2. Wahl der Vertreter Österreichs in der Beratenden Versammlung des Europarates

Inhalt

Personalien

- Krankmeldungen (S. 14)
Entschuldigungen (S. 14)

Bundesregierung

- Zuschrift des Bundeskanzlers Ing. Raab: Amtsenthörung des Bundesministers für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. h. c. Dipl.-Ing. Figl (S. 14)

Ausschüsse

- Zuweisung der Anträge 1 bis 4 (S. 14)

Regierungsvorlagen

- 2: Aechtes Berichtigungs- und Änderungsprotokoll zu den Zollzugeständnislisten des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) — Zollausschuß (S. 14)
- 3: Deklaration über den provisorischen Beitritt der Schweizerischen Eidgenossenschaft zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) — Zollausschuß (S. 14)

Rechnungshof

- 1: Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes für das Verwaltungsjahr 1958 — Rechnungshofausschuß (S. 14)

Europarat

- Wahl der Vertreter Österreichs in der Beratenden Versammlung des Europarates (S. 15)

Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds

- Bericht des Bundesministeriums für soziale Verwaltung über den Stand und die Gekbarung des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds im Jahre 1958 samt Rechnungsabschluß — Ausschluß für soziale Verwaltung (S. 15)
Wahl des Beirates zum Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds (S. 15)

Immunitätsangelegenheiten

- Auslieferungsbegehren gegen die Abgeordneten Zechtl, Ferdinand Graf, Staffa und Machunze — Immunitätsausschuß (S. 15)
Anfrage des Bundesministeriums für Justiz bezüglich Strafverfolgung — Immunitätsausschuß (S. 15)

Eingebracht wurden

Anträge der Abgeordneten

- Dr. Hetzenauer, Glaser, Soronics, Doktor Kranzlmayr, Harwalik, Dr. Dipl.-Ing.

Ludwig Weiß, Weinmayer, Dr. Kummer und Genossen, betreffend erweiterte Sonderzahlung für die öffentlich Bediensteten (5/A)

Grießner, Strommer, Dipl.-Ing. Hartmann, Sebinger und Genossen auf Erlassung eines Landwirtschaftsgesetzes (6/A)

Mitterer, Wallner, Kulhanek, Ehgartner und Genossen, betreffend Erlassung eines Bundesgesetzes, womit Maßnahmen zum Ausgleich der verschiedenen Umsatzsteuerbelastung der einstufigen und der mehrstufigen Unternehmen getroffen werden (7/A)

Dr. Hofeneder, Mittendorfer, Theodor Cerny, Weinmayer, Kulhanek und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz über die Mineralölsteuer (Mineralölsteuergesetz 1959 — MinStG. 1959) (8/A)

Reich, Altenburger, Vollmann, Grete Rehor, Dr. Hofeneder, Machunze, Doktor Kummer und Genossen, betreffend die endgültige Bereinigung des Alt-Angestelltenrentnerproblems durch Bundesgesetz (9/A)

Prinke, Weinmayer, Dr. Hetzenauer, Glaser, Harwalik, Mittendorfer, Dr. Dipl.-Ing. Ludwig Weiß, Dipl.-Ing. Pius Fink und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem Bestimmungen über die Vermietung von aus öffentlichen Mitteln errichteten Wohnungen getroffen werden (Obdachlosen-schutzgesetz) (10/A)

Jonas, Wilhelmine Moik, Kysela, Populorum, Singer und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz über die Sicherung des Wohnraumbestandes (11/A)

Jonas, Wilhelmine Moik, Kysela, Populorum, Singer und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz über die Wohnraumversorgung (12/A)

Steiner, Benya, Rosenberger und Genossen, betreffend Abänderung und Ergänzung des Landwirtschaftlichen Zuschußrentenversicherungsgesetzes (13/A)

Kostroun, Dr. Bechinie und Genossen, betreffend Erlassung eines Bundesgesetzes, womit das Gewerbesteuerengesetz 1953 neuerlich abgeändert wird (Gewerbesteuernovelle 1959) (14/A)

Dr. Broda, Eibegger, Mark, Strasser und Genossen, betreffend eine Novelle des österreichischen Straßengesetzes (15/A)

Rosenberger, Bögl und Genossen, betreffend eine Änderung des 1. (7.) Staatsvertragsdurchführungsgesetzes (16/A)

Mark, Dr. Neugebauer, Dr. Haselwanter und Genossen, betreffend die Errichtung eines österreichischen Forschungsrates (17/A)

Dr. Kandutsch, Kindl und Genossen, betreffend Novellierung des Arbeiterkammergesetzes und der Arbeiterkammer-Wahlordnung (18/A)

Dr. Zechmann, Dr. Kandutsch und Genossen auf Novellierung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 54/1956 über die Bezüge der Bundesbeamten (Gehaltsgesetz 1956) (19/A)

Dr. Zechmann, Mahnert, Dr. van Tongel und Genossen, betreffend die Schaffung eines Gesetzes zur Ermittlung der slowenischen Minderheit in Kärnten (20/A)

Anfragen der Abgeordneten

Rosa Rück, Zechtl, Krammer und Genossen an den Bundesminister für Inneres, betreffend eine Überprüfung von Wohltätigkeitsvereinen (1/J)

Dr. Neugebauer, Rosa Weber, Pölzer, Benya, Wilhelmine Moik und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung, betreffend die Absicht des Landesverteidigungsministeriums, den Bisamberg als Truppenübungsplatz wieder zu verwenden (2/J)

Zechtl, Preußler, Rom und Genossen an die Bundesregierung, betreffend die Förderung der Behebung von Unwetterschäden (3/J)

Dr. Gredler, Mahnert und Genossen an die Bundesregierung, betreffend das Arbeitsentgelt für ehemalige Zivilinternierte in amerikanischer Gewahrsam (4/J)

Dr. Gredler, Kindl und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, betreffend Rückstellung in der Verwaltung der Österreichischen Bundesforste stehender Grundstücke an die Gemeinden Mühlleiten, Großenzersdorf, Schönau an der Donau, Mannsdorf und Fischamend Dorf (5/J)

Zeillinger, Dr. van Tongel und Genossen an den Bundesminister für Justiz, betreffend die Verurteilung der Redakteure Hellmut Andies und Helmut Oberhofer (6/J)

Beginn der Sitzung: 11 Uhr

Vorsitzender: Präsident Dr. h. c. Dipl.-Ing. Figl.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das stenographische Protokoll der 1. Sitzung vom 9. Juni 1959 ist in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Krank gemeldet haben sich die Abgeordneten Stürgh und Dr. Reisetbauer.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Dr. Tončić, Scheibenreif, Klenner und Czernetz.

Die eingelangten Anträge weise ich wie folgt zu:

Antrag 1/A der Abgeordneten Dr. Gredler und Genossen, betreffend Einführung einer Fragestunde der Abgeordneten im Plenum des Nationalrates, dem Geschäftsordnungsausschuß;

Antrag 2/A der Abgeordneten Dr. Kandutsch und Genossen, betreffend Novellierung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes (ASVG.) im Belange der Angestelltenversicherung, dem Ausschuß für soziale Verwaltung;

Antrag 3/A der Abgeordneten Dr. Kandutsch und Genossen, betreffend die eheständige Verabschiedung des Mühlengesetzes, dem Handelsausschuß;

Antrag 4/A der Abgeordneten Dr. van Tongel und Genossen, betreffend Wiedereinführung der Hymne von Joseph Haydn als Bundeshymne, dem Unterrichtsausschuß.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Dr. Hetzenauer, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Dr. Hetzenauer:

„An den Herrn Präsidenten des Nationalrates:

Ich beehre mich, die Mitteilung zu machen, daß der Herr Bundespräsident mit Entschließung vom 9. Juni 1959 den mit der Fortführung der Geschäfte betrauten Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten DDr. h. c. Dipl.-Ing. Leopold Figl über meinen Vorschlag vom Amte enthoben hat.

Gleichzeitig hat der Herr Bundespräsident gemäß Artikel 70 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 78 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 mir für die Dauer meiner mit Entschließung vom 12. Mai 1959 gemäß Artikel 71 des zitierten Bundes-Verfassungsgesetzes erfolgten Betrauung mit der Fortführung meines Amtes für die Geschäfte „Auswärtige Angelegenheiten“ zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung die Staatssekretäre Dr. Bruno Kreisky und Dr. Franz Gschnitzer beigegeben.

Julius Raab“

Präsident: Dient zur Kenntnis.

Ich bitte den Herrn Schriftführer um die weitere Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Dr. Hetzenauer: Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

Achtes Berichtigungs- und Änderungsprotokoll zu den Zollzugeständnislisten des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) (2 der Beilagen);

Deklaration über den provisorischen Beitritt der Schweizerischen Eidgenossenschaft zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) (3 der Beilagen).

Der Rechnungshof legt den Tätigkeitsbericht für das Verwaltungsjahr 1958 vor (1 der Beilagen).

Das Bundesministerium für soziale Verwaltung legt den Bericht über den Stand und die Gebarung des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds im Jahre 1958 samt Rechnungsabschluß vor.

Weiters sind eingelangt:

Ersuchen des Bezirksgerichtes Innsbruck um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Rupert Zechtl (§ 431 StG.);

Ersuchen des Bezirksgerichtes Wiener Neustadt um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Franz Staffa (§ 431 StG. — Berufungsverfahren);

Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Ferdinand Graf (Ehrenbeleidigung);

Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Erwin Machunze (Ehrenbeleidigung);

Anfrage des Bundesministeriums für Justiz bezüglich Erteilung der Zustimmung zur Strafverfolgung gemäß § 495 StG. gegen Karl Steinhauser.

Es werden zugewiesen:

1 dem Rechnungshofausschuß;

2 und 3 dem Zollausschuß;

der Bericht des Bundesministeriums für soziale Verwaltung dem Ausschuß für soziale Verwaltung;

die Auslieferungsbegehren und die Anfrage dem Immunitätsausschuß.

1. Punkt: Wahl des Beirates zum Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds gemäß § 20 des Bundesgesetzes vom 15. April 1921, BGBl. Nr. 252.

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt der Tagesordnung: Wahl des Beirates zum Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds.

Gemäß den Bestimmungen des § 20 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 15. April 1921, BGBl. Nr. 252, wird dem Bundesministerium für soziale Verwaltung zur Verwaltung des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds ein aus der Mitte des Nationalrates zu wählender fünfgliedriger Beirat an die Seite gestellt.

Es liegt mir ein gemeinsamer Antrag der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei Österreichs vor, folgende Abgeordnete in den fünfgliedrigen Beirat zu wählen: Aigner, Grubhofer, Prinke, Weikhart und Weinmayer. Es sind das dieselben Abgeordneten, die schon bisher dem fünfgliedrigen Beirat angehört haben.

Falls kein Widerspruch erhoben wird, sehe ich von einer Wahl mittels Stimmzettel ab. — Es wird kein Widerspruch erhoben. Ich ersuche jene Frauen und Herren Abgeordneten, die dem vorliegenden Wahlvorschlag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

2. Punkt: Wahl der Vertreter Österreichs in der Beratenden Versammlung des Europarates

Präsident: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Wahl der Vertreter Österreichs in der Beratenden Versammlung des Europarates.

In der 80. Sitzung des Nationalrates vom 18. Februar 1959 wurden die Vertreter Österreichs in den Europarat für die Dauer der abgelaufenen Legislaturperiode gewählt. Es ist daher notwendig geworden, neuerlich eine Wahl vorzunehmen.

Es ist mir der Vorschlag zugegangen, die bisherigen Mitglieder sowie Ersatzmitglieder des Europarates für die Dauer der Funktionsperiode, das ist bis Anfang 1960, als Vertreter Österreichs im Europarat zu belassen.

Falls sich kein Widerspruch erhebt, werde ich von der Abstimmung über diesen Vorschlag mittels Stimmzettel Abstand nehmen. — Ein Einwand wird nicht erhoben. Ich ersuche daher jene Frauen und Herren, die dem Vorschlag ihre Zustimmung geben, die bisherigen Mitglieder sowie Ersatzmitglieder des Europarates für die Dauer der Funktionsperiode, das ist bis Anfang 1960, als Vertreter Österreichs im Europarat zu belassen, sich von den Sitzen zu erheben. — Ich konstatiere die einstimmige Annahme.

Damit wäre die Tagesordnung erschöpft. (*Abg. Dr. Kandutsch: Zur Geschäftsordnung!*) Der Herr Abgeordnete Kandutsch hat sich zum Wort gemeldet.

Abgeordneter Dr. Kandutsch: Gemäß § 34 der Geschäftsordnung beantrage ich, den Nationalrat für den nächsten Mittwoch, den 15. Juli, einzuberufen und auf die Tagesordnung den Bericht des Rechnungshofes über das Verwaltungsjahr 1958 zu setzen.

Als kurze Begründung darf ich sagen, daß der Bericht des Rechnungshofes zugewiesen ist und die Sitzung des Rechnungshofausschusses für morgen angesetzt war, aber von der Präsidialkonferenz wieder abberaumt wurde, weil angeblich die Herren Regierungsmitglieder nicht Zeit haben, daran teilzunehmen. Da aber gerade die jetzige Bundesregierung zuständig ist, diesen Rechnungshofbericht gegenüber dem Parlament zu vertreten, halten wir es für richtig, daß dieser Ausschuß einberufen wird.

Wenn am Mittwoch die Sitzung ist, kann am Montag der Ausschuß tagen. Es sollte damit auch zum Ausdruck gebracht werden, daß trotz der schwebenden Regierungsverhandlungen das Parlament in Aktion und arbeitsfähig ist.

Ich bitte, über diesen Antrag abstimmen zu lassen.

Präsident: Hohes Haus! Sie haben den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Kandutsch gehört. Er wünscht, daß gemäß § 34 der Geschäftsordnung das Haus für nächsten Mittwoch einberufen wird mit der Tagesordnung: Bericht des Rechnungshofausschusses.

Ich lasse über diesen Antrag abstimmen. Ich bitte jene Frauen und Herren, die dem Antrag des Abgeordneten Kandutsch ihre Zustimmung

erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt. Daher wird die nächste Sitzung auf schriftlichem Weg einberufen.

Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich bekanntgeben, daß heute der für 16 Uhr einberufene Zollausschuß bereits um 15 Uhr zusammentreten wird. Ich bitte daher die Mitglieder des Ausschusses, bereits um 15 Uhr zur Abwicklung der Tagesordnung zu erscheinen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung wird schriftlich einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 11 Uhr 15 Minuten